

Unser Programm

Kommunalwahl 2026

Am 8. März:

Erlanger Linke

Inhaltsverzeichnis

Vorwort

- 1. Wohnen ist Menschenrecht, profitorientierte Mieten nicht**
- 2. Gute Arbeit**
- 3. Soziale Sicherheit**
- 4. Stadtentwicklung und Verkehr für Menschen und Klima**
- 5. Abgesicherte Familien – gute Bildung**
- 6. Senioren, queere Menschen und Menschen mit Behinderung**
- 7. Gemeinsam gegen Rassismus, Faschismus und Krieg**
- 8. Ein soziales Erlangen ist finanziertbar**

Damit bezahlbares Wohnen nach der Wahl nicht untergeht

Liebe Erlangerin, lieber Erlanger,
liebe Leserin, lieber Leser,

die steigenden Wohnkosten sind das Schlüsselthema in der Stadt Erlangen. Die Mieten steigen ebenso wie die Betriebs-, Strom- und Heizkosten. Gleichzeitig machen Investoren und Spekulanten Rekordgewinne mit dem Wohnen. Während Familien und Alleinstehende, Jüngere und Ältere bei der Wohnungssuche verzweifeln, stehen tausende Wohnungen leer, die als Anlageimmobilien, durch Leerstand oder für Airbnb & Co. Zweckentfremdet werden. Die stark gestiegenen Preise erschweren es auch Menschen mit normalem Einkommen, das alltägliche Leben zu bezahlen. Die etablierten Parteien CSU und SPD haben zwar vor der letzten Wahl versprochen, die Wohnungskrise anzugehen. Nach der Wahl sind aber viele Versprechen wieder unter den Tisch gefallen.

Seit dem Einzug der erlanger linke in den Stadtrat haben wir der Stadtregierung auf die Finger geschaut, konstruktive Ideen eingebracht und uns gemeinsam mit der Bevölkerung für soziale Anliegen und bezahlbares Wohnen stark gemacht. Einiges konnten wir erreichen, z.B. eine Verbotssatzung gegen Zweckentfremdung und Leerstand sowie eine Energienotfallberatung. Andere Ideen sind leider an der Blockade der großen Parteien gescheitert. Mitte 2025 setzen wir mit dem erfolgreichen Bürgerentscheid „Wohnraum erhalten“ ein klares Signal für die Sicherung von bezahlbaren Wohnungen in der Innenstadt.

Deshalb wollen wir bei der Stadtratswahl am 8. März wachsen, um mehr Druck für eine Verbesserung bei den Themen bezahlbares Wohnen und Soziales machen zu können.

Bei der erlanger linke leben wir, was wir sagen: Wir geben einen Teil unserer Politikergehälter ab, um in unseren Sozialsprechstunden Menschen in Notlagen zu unterstützen. Dort erfahren wir, wo der Schuh drückt und wo es politische Lösungen braucht. Für uns gilt: Helfen statt Reden.

An der letzten Stadtratswahl 2020 haben knapp 40 Prozent der Wahlberechtigten nicht teilgenommen. In den dicht bewohnten Stadtteilen Anger und Bruck machte nicht einmal die Hälfte von ihrem Wahlrecht Gebrauch. Den etablierten Parteien, die viele Menschen enttäuscht haben, war das kaum der Rede wert. Warum auch. Selbst wenn nur noch jeder Zehnte wählen geht, bekämen sie 100 Prozent der Mandate und Politikergehälter. Das muss sich ändern.

Wir laden Sie ein, Ihr Stimmrecht zu nutzen und dieses Mal anders zu wählen, damit sich etwas zum Besseren ändert.

Die erlanger linke ist Ihre Stimme für Soziales und für bezahlbares Wohnen.

Vielen Dank für Ihr Interesse und Ihr Vertrauen!

Lukas Eitel, Ronja Wegele (Spitzenkandidaten)

1. Wohnen ist Menschenrecht, profitorientierte Mieten nicht

Die Mieten in vielen Kommunen Bayerns sind dramatisch gestiegen – im Durchschnitt um rund 17 Prozent in den letzten 10 Jahren. Bezahlbarer Wohnraum wird immer knapper.

Wohnen ist kein Luxusgut, sondern Grundbedarf. Nicht Immobilienbesitz und hohe Mieteinnahmen, sondern Wohnen ist ein Menschenrecht. Immer mehr Menschen sind gezwungen, einen Großteil ihres Einkommens für Wohnkosten aufzuwenden. In Erlangen ist der soziale Wohnungsbau unter der CSU bis 2014 weitgehend zum Erliegen gekommen. Um fair zu sein lässt sich festhalten, dass die Stadt seit 2014 versucht gegenzusteuern. Sie schafft es aber bestenfalls, das Niveau zu halten.

Im profitorientierten Wohnungsmarkt steigen die Mieten rapide, teils bis in den Mietwucher. Auch mittels überhöhter Nebenkosten versuchen einige Immobilienkonzerne Kasse zu machen. Wohnraum darf keine Ware sein. Dem Profit verpflichtete Immobilienkonzerne sind weder im Bestand noch im Neubau Teil der Lösung, sondern Teil des Problems.

Die **erlanger linke** fordert:

- Einführung eines Mietpreisdeckels in der kommunalen Wohnbaugesellschaft Gewobau
- Stärkung und Ausbau der Gewobau, um jährlich mindestens 50 Prozent der neu entstehenden Wohnungen als Sozialwohnungen zu realisieren
- Anhebung der Pflichtquote für sozialen Wohnungsbau bei privaten Bauprojekten auf 50 Prozent
- Nutzung von Erhaltungssatzungen, um ein Vorkaufsrecht der Stadt sicherzustellen und sozialverträgliche Mieten zu ermöglichen
- Erhalt und Schutz von bezahlbarem Wohnraum im Bestand
- Umwandlung von ungenutzten Gewerbeflächen in Wohnraum
- Keine Privatisierung von kommunalem Grund und Boden; stattdessen gezielte Vergabe an Gewobau, gemeinnützige Träger und Genossenschaften
- Konsequente Durchsetzung der Zweckentfremdungsverbotsatzung zur Vermeidung von Wohnraummissbrauch, beispielsweise durch Leerstand oder die Nutzung als Ferienwohnung
- Einführung einer Mietprüfstelle, die Mieterinnen und Mieter bei der Absenkung illegal überhöhter Mieten unterstützt

- Die Stadt muss gegen den Leerstand von Büros vorgehen und die Umwandlung ungenutzter Dachgeschosse in Wohnungen fördern
- Keine neuen einstöckigen Discounter mehr; stattdessen die Aufstockung bereits bestehender fördern
- Verbot von platzfressenden Freiflächenparkplätzen zugunsten von Parkhäusern und Tiefgaragen

2. Gute Arbeit

Arbeit ist Menschenrecht. Aller Wohlstand in Erlangen wird von den arbeitenden Menschen geschaffen. Diese verdienen es, von ihrer Arbeit anständig leben zu können. Doch mehr als die Hälfte der Menschen in Bayern arbeitet unter prekären Bedingungen, während sichere und tarifgebundene Arbeitsplätze zur Ausnahme geworden sind. Insbesondere in der Industrie werden immer mehr Arbeitsplätze abgebaut. Kommunen haben die Möglichkeit, hier als Vorbild voranzugehen. In Erlangen werden dagegen viele Beschäftigte bei der VHS, beim Theater und beim E-Werk nicht nach Tarifvertrag bezahlt.

Die **erlanger linke** fordert:

- Strikte Einhaltung von Tariflöhnen bei allen kommunalen Aufträgen und in öffentlichen Betrieben
- Keine sachgrundlose Befristung oder Leiharbeit bei der Stadt und ihren Betrieben
- Einführung eines kommunalen Mindestlohns von 15 Euro pro Stunde
- Förderung von Programmen zur Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit durch Qualifizierungsmaßnahmen
- Öffentliche Aufgaben zurück in kommunale Hand: Privatisierte Dienste wie die Gebäudereinigung wieder städtisch organisieren
- Einführung von verbindlichen Qualitätsstandards für Qualifizierungs- und Bildungsmaßnahmen des Erlanger Jobcenter
- Ausbau kommunaler Stellen für soziale und kulturelle Dienstleistungen
- Unterstützung von Initiativen zur Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe
- Die Stadt setzt sich im kommunalen Arbeitgeberverband für höhere Löhne sowie eine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Personal- und Lohnausgleich ein
- Klare Positionierung der Stadtspitze, wenn Erlanger Unternehmen versuchen Gewerkschaften, Betriebs- und Personalräte systematisch zu bekämpfen (*Union Busting*)

- Die Stadt Erlangen setzt sich für die Schaffung örtlich gebundener Arbeitsplätze und die Stärkung der Tarifbindung ein

3. Soziale Sicherheit

Die soziale Ungleichheit in unseren Kommunen wächst stetig. Immer mehr Menschen werden von gesellschaftlicher Teilhabe ausgeschlossen. Arm trotz Arbeit betrifft immer mehr Menschen.

So sind etwa 16 Prozent der Menschen in Bayern arm – das ist ein Unding im reichsten Bundesland. Die Schlangen vor der Erlanger Tafel zeugen vom Problem. Schon die Regelsätze der Sozialleistungen liegen unter dem sozialen und gesellschaftlichen Existenzminimum. Wir wollen auf kommunaler Ebene dagegen angehen.

Die **erlanger linke** fordert:

- Erhalt und Ausbau des *ErlangenPass*
- Niedrigschwellige und kostenlose Beratung beim Umgang mit dem Bürokratiedschungel
- Erhalt und Ausbau der Stadtteilzentren als Orte sozialer Teilhabe und Unterstützung
- Kostenlose Kinderbetreuung und kostenloses Essen in allen Bildungseinrichtungen
- Die Übernahme der Wohnkosten muss sich an den realen Mieten in Erlangen orientieren
- Strom- und Gassperren untersagen
- Schluss mit Schikanen bei Arbeitsamt und Jobcenter
- Keine Kürzungen der Sozialleistungen
- Eine menschenwürdige Behandlung Obdachloser

4. Stadtentwicklung und Verkehr für Menschen und Klima

Je Bürger*in Erlangens gibt es rechnerisch einen Arbeitsplatz. Viele Menschen aus dem Umland pendeln zur Arbeit. Erlangen stößt an die natürlichen Grenzen des Wachstums. Im Stadtgebiet fehlen zehntausende bezahlbare Wohnungen und es gibt kaum noch unbebautes Gelände, das bebaut werden kann. Deshalb wird massiv nachverdichtet – besonders in ohnehin schon belasteten Gebieten. Dabei hält die Infrastruktur mit der steigenden Anzahl an Bewohner*innen in diesen Gebieten nicht Schritt. Dazu kommt: Die seit Jahrzehnten praktizierte konsum- und autofreundliche Stadtentwicklungs politik hat nur wenig mit den ganzheitlichen Bedürfnissen von Menschen zu tun.

Die Klimakatastrophe ist auch in Erlangen spürbar. So schadet die sommerliche Überhitzung dicht bebauter Stadtteile schon heute der Gesundheit z.B. älterer

Menschen. Wichtig ist uns, dass sich alle Bürger*innen – auch arbeitende Familien mit kleinen Einkommen – Klimaschutz leisten können. So erfährt er auch eine höhere Unterstützung.

Erlangen wurde in den 60er Jahren als autogerechte Stadt geplant. An den Folgen leiden wir noch heute. Zu Zeiten von Alt-OB Dietmar Hahlweg wurden große Fortschritte in Richtung Fahrradstadt gemacht. Aber in den letzten Jahren ist zu wenig passiert. Unser Ziel ist es, die Lebensqualität der nicht-motorisierten Verkehrsteilnehmer zu verbessern.

Die **erlanger linke** fordert:

- Keine neuen Baugebiete „auf dem Acker“ oder im Bannwald
- Eine ausgewogene Regionalplanung, die es den Menschen erlaubt, in der Stadt zu wohnen, in der sie arbeiten
- Verlängerung der Fußgängerzone bis zum Martin-Luther-Platz
- Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs und preisgünstige (möglichst kostenfreie) Nutzung; Reaktivierung der Aurachtalbahn
- Förderung von erneuerbaren Energien durch Ausbau der städtischen Energieberatung; städtische Förderung optimaler Wärmedämmung für alle Gebäude
- Umstellung der Erlanger Stadtwerke auf 100% Strom aus regenerativen Quellen und Ausbau des Fernwärmennetzes
- Energieversorgung, Wasserversorgung und Wasserentsorgung in öffentliche Hand
- Vermeidung von Versiegelung der Erdoberfläche durch großzügigen Mehrgeschossbau, Entsiegelung und Begrünung
- Förderung des Fußgänger- und Radverkehrs durch Fahrradstraßen, abgegrenzte Fahrradwege und breite Fußwege
- Reduzierung der Lärmbelastung an den Autobahnen; Ausweitung von Anliegerstraßen und verkehrsberuhigten Nebenstraßen; Nachtflugverbot am Nürnberger Flughafen
- Heraushalten des Kfz-Verkehrs aus der Altstadt; Ausbau des Car-Sharing-Systems sowie Park & Ride; effektiver Schutz der Anwohnerparkplätze vor Falschparkern
- Förderung von Quartierswärmepumpen (z.B. für je 50 Wohneinheiten)

5. Abgesicherte Familien – gute Bildung

Heute ist die Gründung einer Familie ein großes Armutsrisiko. Ursache ist häufig erzwungene Erwerbslosigkeit der Eltern in Verbindung mit fehlenden kosten-günstigen Kinderbetreuungseinrichtungen. Aufgrund der Zunahme prekärer Beschäftigungsverhältnisse erleben viele Familien finanzielle Not. Durch Armut sowie fehlende oder mangelhafte Freizeiteinrichtungen haben viele Kinder und Jugendliche in unserer Stadt denkbar schlechte Startbedingungen.

Das gilt auch für Bildung und Ausbildung, die unabdingbare Voraussetzung sind für ein menschenwürdiges Leben und gesellschaftliche Teilhabe. Sie sollten deshalb von Anfang an kostenlos sein. Gerade in Bayern sind die Bildungschancen stark vom Geldbeutel der Eltern abhängig.

Die **erlanger linke** fordert:

- Wohnortnahe attraktive Spielplätze, Stadtteil-Freizeitzentren, Abenteuerspielplätze und Jugendclubs
- Fortführung der Ferienprogramme für Kinder und Jugendliche
- Wohnortnahen, bedarfsgerechten Ausbau der Horte, Kinderkrippen und -gärten sowie deren kostenlosen Zugang inkl. mehr Personal und einem höheren Betreuungsschlüssel
- Lernmittelfreiheit für alle Schüler*innen und alle Materialien (auch für Atlanten, Taschenrechner, Kopien usw.)
- Zügige Sanierung aller Schulen und Bildungseinrichtungen und Ausbau wo nötig – unter der Berücksichtigung angemessener Spielflächen für die gesamte Schulfamilie
- Kostenloses, gesundes Schulessen in allen Bildungs- und Betreuungseinrichtungen
- Ausreichend hohe Zuschüsse der Stadt für die VHS, um ein qualitativ hochwertiges Kursangebot anbieten zu können

6. Senioren, queere Menschen & Menschen mit Behinderung

Für Menschen im Seniorenalter hat ein selbstbestimmtes Leben oberste Priorität. Die meisten möchten so lange wie möglich in ihren eigenen vier Wänden leben. Doch es fehlt an barrierefreien, bezahlbaren Wohnungen und ausreichender pflegerischer Unterstützung, um diesen Wunsch zu erfüllen. Auch die fehlende seniorengerechte Ausstattung des öffentlichen Raums erschwert die Mobilität.

Auch queere Menschen sind aufgrund ihrer Identität von Hass, Gewalt und Diskriminierung betroffen. Dies ist in verschiedensten gesellschaftlichen Ebenen spürbar. Queerpolitische Arbeit beginnt deshalb schon auf kommunaler Ebene.

Ein selbstständiges Leben ist ebenso für Menschen mit körperlichen, psychischen oder geistigen Behinderungen zentral. Dazu gehört nicht nur die volle gesellschaftliche und berufliche Integration – die in Bayern sogar Verfassungsrang hat –, sondern auch barrierefreies Wohnen und ein öffentlicher Raum ohne Hindernisse. Unternehmen müssen stärker als bisher in die Pflicht genommen und gezielt bei der Beschäftigung von Menschen mit Behinderung unterstützt werden. Das entspricht derzeit nicht der Realität, sondern Unternehmen nutzen die Möglichkeit, sich aus dieser Pflicht freizukaufen.

Die **erlanger linke** fordert:

- Freizeiteinrichtungen für alle Generationen mit guter Personalausstattung, Hilfs- und Beratungsangeboten in jedem Stadtteil
- Förderung von Selbsthilfewohnprojekten und Wohngemeinschaften für Senior*innen
- Ausbau der häuslichen und ambulanten Pflege
- Spezielle Angebote für Senior*innen mit Migrationshintergrund
- Möglichkeit alle Angebote und Dienste der Stadt ohne Computer, Internet oder Smartphone zu gleichen Bedingungen zu nutzen
- Senior*innengerechte Infrastruktur in jedem Stadtteil und barrierefreie Gestaltung des öffentlichen Raums
- Queere Räume und queere Veranstaltungen müssen erhalten bleiben; insbesondere ist eine ausreichende Finanzierung des Queeren Zentrums erforderlich
- Queeres Leben muss geschützt werden: Konsequentes Vorgehen gegen Hass und Gewalt an queeren Menschen
- Aktive Förderung von Inklusion (Einstellen von Lehrhilfen)
- Genügend geeignete Sozialwohnungen und Wohngruppen für Menschen mit Behinderung
- Förderung von Selbsthilfegruppen und Therapieangeboten
- Zusammenarbeit mit etablierten Erlanger Organisationen (z.B. Access), um Unternehmen Möglichkeiten aufzuzeigen, Inklusion umzusetzen

7. Gemeinsam gegen Rassismus, Faschismus und Krieg

Die große Mehrheit der Menschen in Deutschland hat nichts zu verkaufen als ihre Arbeitskraft, um ihren Lebensunterhalt zu sichern. Dem steht eine kleine reiche Minderheit gegenüber, die den größten Teil des Vermögens besitzt. Ihnen gehören die Betriebe in denen wir – Seite an Seite, unabhängig von Herkunft und Nationalität –arbeiten.

Das Asylrecht – einst als Konsequenz aus dem Faschismus eingeführt – wird in Frage gestellt und immer weiter beschnitten. Die Hetze wirkt bis weit in die bürgerliche Mitte hinein. Reale Probleme werden tatsachenwidrig Geflüchteten in die Schuhe geschoben.

Nationalismus, Rassismus, Antisemitismus und Faschismus sollen die arbeitenden Menschen spalten, damit sie sich nicht gemeinsam für ein besseres Leben einsetzen. Wir kämpfen gegen diese Spaltung, denn nur wenn die lohnabhängige Mehrheit an einem Strang zieht, kann sie für ihre Interessen etwas erreichen.

Die Herrschenden und Reichen haben dem Faschismus in Deutschland schon einmal die Macht übergeben, weil sie ihre Interessen auf demokratischem Weg nicht mehr durchsetzen konnten. Das Ergebnis: Ein Vernichtungskrieg des deutschen Reichs, in dem 70 Millionen Menschen getötet wurden. Die Geschichte lehrt uns: Faschisten dürfen nie wieder Macht bekommen. Deshalb beteiligen wir uns vor Ort an Bündnissen gegen Rechts und an der Friedensbewegung. Dabei bekämpfen wir aktiv alle Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit.

Die **erlanger linke** fordert:

- Wahlrecht für alle
- Entscheidungsspielraum der Ausländerbehörde zugunsten der Betroffenen voll ausschöpfen
- Erlangen muss sein Motto „Offen aus Tradition“ ernst nehmen. Der Grundsatz in der kommunalen Asylpolitik muss lauten: Integration statt Abschiebung.
- Auflösung von Gemeinschaftsunterkünften („Containern“), stattdessen dezentrale Unterbringung von Geflüchteten
- Unterstützung von Migrant*innen sowie Geflüchteten bei der gleichberechtigten Integration und Teilhabe in allen Bereichen des Arbeitslebens; Förderung von Einrichtungen und Begegnungsstätten für Einheimische und Migrant*innen, insbesondere für Jugendliche
- Unterstützung der Solidaritätsstrukturen für Geflüchtete statt Repression
- Verstärkung der antifaschistischen Aufklärungs- und Bildungsarbeit, insbesondere an den Schulen

- Keine Bundeswehr-Werbung an Schulen, keine Gelöbnisse und öffentlichen Veranstaltungen der Bundeswehr sowie keine Weitergabe von Meldedaten an die Bundeswehr zur Anwerbung von Minderjährigen oder zur Umsetzung einer Wehrpflicht („Mayors for Peace“ muss auch gelebt werden)
- Die Stadt Erlangen muss sich gegen die Stationierung US-amerikanischer Mittelstreckenraketen in der Region einsetzen
- Ideelle und finanzielle Unterstützung der Arbeit des Erlanger Bündnisses für den Frieden (EBF)
- Aufwertung der Städte-Freundschaft mit Cumiana – mit ausdrücklicher Bezugnahme auf die Verbrechen der SS und Aufklärung über „Nachkriegsgeschichte“ sowie Umbenennung von Straßen, Plätzen und Geschäften mit militaristischem oder faschistischem Bezug
- Keine Kriminalisierung antifaschistischer Engagements: Ausgestaltung der Auflagenbescheide im Sinne des Demonstrationsrechts

8. Ein soziales Erlangen ist finanziierbar

Nach vielen Jahren mit hohen Einnahmen ist Erlangen in eine Haushaltsskrise geraten. Dabei gibt es in Erlangen nicht zu wenig Geld, es ist nur falsch verteilt. Zahlreiche Hinweise deuten darauf hin, dass Siemens Steuerschlupflöcher nutzt, um seine Gewerbesteuer nicht mehr in Erlangen zu zahlen. Wenn Röttenbach seine Gewerbesteuer fast auf das gesetzliche Minimum senkt, um wenig mehr als Briefkastenfirmen anzusiedeln, ist das eine Steueroase.

Das dürfen wir uns nicht gefallen lassen. Verschärft wird die Situation noch, indem Land und Bund regelmäßig öffentliche Aufgaben beschließen, die die Kommunen leisten müssen. Für die Erfüllung dieser Aufgaben werden die Kommunen aber nicht ausreichend finanziell ausgestattet. Die bisherige Rathauspolitik versucht die Haushaltsskrise zu lösen, indem sie die Rechnung den Bürgerinnen und Bürgern aufbürdet. Während Stadtbewohner*innen immer höhere Gebühren zahlen müssen, erhöhen sich die regierenden Fraktionen weiter ihre Politikergehälter.

Die **erlanger linke** fordert:

- Keine Erhöhung der Politikergehälter; Sparen bei Dienstwagen und Zulagen der Bürgermeister
- Anpassen der Gewerbesteuer auf das Münchner Niveau, mindestens aber das Nürnberger Niveau
- Auch große Firmen müssen Steuern zahlen: Steuerschlupflöcher schließen
- Kontrolle der Gewerbesteuerpflicht verstärken

- Bund und Land müssen die vollen Kosten übernehmen, wenn der Stadt Erlangen Aufgaben von Land und Bund übertragen werden („Konnexitätsprinzip“)
- Stopp der Gebührenschraube auf Kosten der Erlangerinnen und Erlanger
- Angrenzende Steueroasen, die sich auf Kosten der Erlangerinnen und Erlanger bereichern, in die Stadt Erlangen eingemeinden
- Eine Finanzreform entsprechend den Forderungen des Deutschen Städtetages, um das finanzielle Desaster in den Kommunen zu beenden und die Gemeinden wieder handlungsfähig zu machen

 erlanger-linke.de

 fb.com/Erlanger.Linke

 erlangerlinke

